

Berichte

Berichte zum Landesparteitag am 17. Februar 2018 in Montabaur

Rechenschaftsbericht des Landesvorstandes

DIE LINKE. Rheinland-Pfalz

Landesparteitag Montabaur

Vorwort

1.679 Mitglieder zum Jahresende, konsolidierte Finanzen, funktionierende Strukturen – unser Landesverband hat sich in den vergangenen Monaten sehr positiv entwickelt. Dieser Rechenschaftsbericht will einen Überblick über die erfolgreichen Aktivitäten des vergangenen Jahres geben, nennt aber auch Defizite, an denen wir gemeinsam arbeiten wollen. Der Landesvorstand will diesen Parteitag nutzen, die vergangenen Monate kritisch aufzuarbeiten und gleichzeitig den Fahrplan für das kommende Jahr abzustecken. Damit diese Debatte möglich wird, haben wir den Zeitplan ausdrücklich großzügig bemessen – wir freuen uns auf die Diskussion mit Euch!

Gestärkt zu neuen Herausforderungen

DIE LINKE. Rheinland-Pfalz geht personell gestärkt in die politische Auseinandersetzung der kommenden Jahre: Wir haben 2017 318 neue Mitglieder gewinnen können – die Mehrzahl davon sind junge Menschen unter dreißig. Neumitglieder brauchen Unterstützung beim „Ankommen in der Partei“ – wir haben deshalb erstmals landesweite Neumitgliedertreffen einberufen, die mit sehr positivem Echo und starken TeilnehmerInnenzahlen stattgefunden haben. Solche Treffen bedienen erkennbar ein Bedürfnis bei neuen Mitgliedern – aber auch in den Parteigliederungen, die neue Mitglieder in die tägliche Arbeit einbinden wollen. Gleichzeitig hat der Landesverband mehrere lokale und regionale Neumitgliedertreffen unterstützt, auch dies mit positivem Echo. An diesem erfolgreichen Konzept wollen wir deshalb auch in Zukunft festhalten.

Gleichzeitig sind viele neue Mitglieder Genossinnen. Der Landesvorstand fühlt sich dadurch bestätigt und ermutigt, die Frauenförderung in unserem Landesverband auszubauen und die Kreisverbände dabei zu unterstützen, Frauen die Teilnahme am Parteileben und ihre politische Entfaltung noch besser zu ermöglichen.

Mitgliederförderung und -betreuung sind kein Selbstzweck: mit dem zum Teil fulminanten Mitgliederzuwachs beweisen wir vor allem eines: der demokratische Sozialismus, die Ablehnung von Krieg und unser Kampf für soziale Gerechtigkeit sind auch in unserer Zeit Themen, die viele Menschen bewegen.

Allerdings, bei aller Freude über die sehr positive Entwicklung: wie in den vergangenen Jahren haben wir auch 2017 zu viele Mitglieder im Laufe des Jahres verloren – insgesamt sind rund 200 GenossInnen ausgetreten. Das ist, gerade bei wachsenden Wahlergebnissen, deutlich zu viel. Auch wenn der Landesvorstand in den vergangenen Monaten die Mitgliederbetreuung – nicht

zuletzt dank der ehrenamtlichen Übernahme dieser Aufgabe durch den Genossen Peter Weinand - stark verbessert hat, bleibt ganz offensichtlich noch viel zu tun, damit die Austrittszahlen wirksam gesenkt werden können. Hier benötigen wir dringend eine stärkere Fokussierung auf das Thema „Mitgliederbetreuung“ flächendeckend in den Kreisverbänden, da die Einbindung vor Ort geschehen muss.

Gestiegene Einnahmen

Neben der positiven Mitgliederentwicklung verzeichnen wir sowohl absolut als auch durchschnittlich erheblich steigende Beitragseinnahmen. Im vergangenen Jahr sind die Gesamteinnahmen des Landesverbandes aus Beiträgen auf über 140.000 Euro gewachsen, ein Jahr zuvor waren es noch 124.000 Euro. Und gleichzeitig stieg der durchschnittliche Beitrag, bei starken regionalen Unterschieden, auf fast acht Euro. Das ist gegenüber 2016 eine Steigerung von gut 10 Prozent. Bei aller Debatte über Beiträge und Durchschnitte sind nach Ansicht des Landesvorstandes zwei Dinge grundsätzlich festzuhalten: Wir wollen auch künftig nicht, dass die Mitgliedschaft in und die Mitarbeit bei der LINKEN vom Geldbeutel abhängt – Mitglieder stufen sich hinsichtlich der Beiträge und unter Beachtung der Beitragstabelle selber ein und niemand hat das Recht, die oder den Einzelnen dafür zu kritisieren. Auf der anderen Seite sind Mitgliedsbeiträge gerade in unserer Partei, die auf Unternehmensspenden aus guten politischen Gründen verzichtet, eines der zentralen finanziellen Standbeine: In unserem Landesverband kommt mehr als die Hälfte eines jeden Euros im Haushalt aus Mitgliedsbeiträgen. Deswegen bitten wir um Euer Verständnis, dass wir auch künftig immer wieder dafür werben werden, den Mitgliedsbeitrag individuell zu überprüfen und, sofern möglich, zu erhöhen.

Allerdings, auch wenn das Geld bei uns nach wie vor knapp ist: Der Landesverband hat am 31.12.2017 eine langjährige Vereinbarung über die Tilgung von Schulden bei der Bundespartei abgearbeitet und damit die Bedingungen für die Streichung der Restschuld erfüllt. Das war ein hartes Stück Arbeit und ist nur möglich gewesen, weil wir über Jahre die Beitragseinnahmen gesteigert und gleichzeitig die Ausgaben auf das unabweisbar Notwendige reduziert haben. Vielen Dank an alle, die dabei mitgewirkt haben.

Schwerpunkt Parteientwicklung

Neben der Bundestagswahl, auf die wir später eingehen, war das Jahr 2017 von großen Anstrengungen hinsichtlich der Parteientwicklung gekennzeichnet. Angefangen mit dem Umzug der Landesgeschäftsstelle in ein neues Büro, über den Parteitag in Kaiserslautern mit einem vorgeschalteten, landesweiten Neumitgliedertreffen, bis hin zu zahlreichen Unterstützungsaktivitäten der Kreis- und Stadtverbände bei der Kassenführung, bei Wahlen und Kreismitgliederversammlungen oder auch der Aufteilung von Kreis- und Stadtverbänden. Der Landesvorstand bedankt sich sehr herzlich bei den beiden Mitarbeitern Fabian Bauer und Hans-Werner Jung, die mit ihren 1,5 Vollzeitstellen zum Teil weit mehr geleistet haben, als von bezahlten Mitarbeitern erwartet werden kann. Genosse Jung ist zwischenzeitlich in den verdienten Ruhestand gegangen und es ist uns nach einem öffentlichen

Ausschreibungsverfahren gelungen, mit der Genossin Melanie Wery-Sims eine Nachfolgerin für den Bereich Finanzen zu gewinnen, die sich derzeit mit Freude und Erfolg in die neue Aufgabe einarbeitet.

Der Landesvorstand hat im vergangenen Jahr schließlich dafür gesorgt, dass mit dem Genossen Dr. Hermann Stauffer ein ehrenamtlicher Pressesprecher für die Betreuung der Medien beauftragt worden ist.

Der Landesvorstand hat 2017 den zweiten politischen Aschermittwoch mit Janine Wissler in Mainz veranstaltet und dies vor wenigen Tagen mit Sevim Dagdelen und einer gelungenen Veranstaltung mit einem guten Medienecho wiederholt.

Eine Reihe von Mitgliedern des Landesvorstands, allen voran die Vorsitzenden, haben bei zahlreichen Terminen mit Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen sowohl ein offenes Ohr gehabt, als auch die Positionen unserer Partei vertreten. Bei Landesvorstandssitzungen wird, sofern möglich, von externen Akteuren aus Gewerkschaften oder zivilgesellschaftlichen Organisationen ein inhaltlicher Schwerpunkt gesetzt, um die politische Verankerung unserer Partei zu stärken und aktuelle Probleme aus erster Hand zu erfahren. Bei vielen Demos, Arbeitskämpfen und Dutzenden Veranstaltungen war DIE LINKE. Rheinland-Pfalz vertreten und ist damit ein ganzes Stück wahrnehmbarer gewesen als früher. Allerdings bleibt ein Wermutstropfen: Landespolitisch sind wir mangels Fraktion im Landtag nach wie vor in politischen Debatten nicht vorhanden. Leider wird sich dies auch solange nicht grundlegend ändern, wie wir nicht mit einer Fraktion im Mainzer Landtag vertreten sind. Ein Grund mehr, die vorgeschlagene Parteientwicklung mit Nachdruck zu verfolgen – damit 2021 erstmals eine Linksfraktion in den Landtag einziehen kann.

Nicht zuletzt hat sich der Landesvorstand im letzten Quartal 2017 damit beschäftigt, den Parteitag im Februar 2018 vorzubereiten: Wir hatten uns dafür beim letzten Parteitag in Kaiserslautern vorgenommen, einen politisch-inhaltlichen Parteitag außerhalb der Wahlnotwendigkeiten durchzuführen. Mit Ausnahme der erforderlichen Wahl der beiden Delegierten unseres Landesverbandes für den Bundesausschuss ist dies auch gelungen. Dabei waren einerseits die vorgeschlagenen Satzungsänderungen, andererseits die mittelfristige Planung zur Entwicklung unseres Landesverbandes zu erarbeiten. Der Landesvorstand hat dies in einer Reihe von Sitzungen und Telefonkonferenzen getan, das Ergebnis liegt auf dem Tisch. Wir glauben, dass wir damit einen belastbaren Rahmen für die Parteientwicklung der nächsten Jahre und den Weg zu den Kommunalwahlen 2019 und zur Landtagswahl 2021 geschaffen haben. Um dies miteinander diskutieren und entscheiden zu können, haben wir den Februarparteitag einberufen – und wir freuen uns auf die Debatte mit Euch.

Erstmals hat der Landesvorstand zur Vorbereitung dieses Parteitages die zentralen Anträge zur Parteientwicklung bei fünf Regionalkonferenzen vorgestellt, bei denen gleichzeitig die Delegierten zum Bundesparteitag gewählt worden sind. Während dieser Veranstaltungen bestand auch erstmals die Möglichkeit, im Rahmen eines eigenen Tagesordnungspunktes mit unseren Bundestagsabgeordneten über die aktuelle Lage im Bundestag zu diskutieren. Mit einer Ausnahme, bei der der Termin in einer Sitzungswoche des Bundestags lag, hat das auch geklappt – vielen Dank an die Abgeordneten, dass sie dies ermöglicht haben.

Der Landesverband hat 2017 spürbar und wirksam seine Beteiligung an den Beratungen von Gremien der Bundespartei verstärkt – insbesondere bei den Treffen des Parteivorstands mit den Landesvorsitzenden und im Bundesfinanzrat haben Vorstandsmitglieder die Positionen der Landespartei vertreten. Nicht zuletzt diesem Engagement ist es zu verdanken, dass wir heute eine Diskussion mit dem Bundesschatzmeister und dem Parteivorstand auf Augenhöhe führen können: In allen Debatten über die Finanzierung der Landesverbände spielt Rheinland-Pfalz nach vielen Jahren keine Sonderrolle mehr, sondern ist einer von 16 Landesverbänden, die selbstbewusst und entschieden für ihre Interessen eintreten können. Dies wollen wir in den nächsten Monaten ausbauen und solidarisch mit den Genossinnen und Genossen aus den Ländern und dem Parteivorstand zu einer Neustrukturierung des Länderfinanzausgleichs kommen, der uns möglichst bis zur nächsten Bundestagswahl Planungssicherheit gibt.

Deswegen ist auch die heutige Wahl der Delegierten zum Bundesausschuss von großer Wichtigkeit: Der Bundesausschuss entscheidet über den Haushaltsvorschlag des Parteivorstands und ist damit auch für unseren Landesverband von zentraler Bedeutung. Der Landesvorstand hofft, dass wir zwei GenossInnen entsenden können, die fachlich kompetent und mit großen Nachdruck unsere Vorstellungen über die künftigen Finanzbeziehungen zwischen der Bundespartei und den Landesverbänden vertreten werden.

Bundestagswahl: Drei Mandate für RLP

2017 war neben den vielen anderen Aufgabenstellungen auch das Jahr der letzten Bundestagswahl. Und wie immer ist eine Bundestagswahl eine Riesenaufgabe für eine hauptsächlich ehrenamtlich strukturierte Partei. Bei aller Kritik im Detail, die wir bei einem Landesausschuss und während eines Parteitages miteinander diskutiert haben, war die Bundestagswahl auch und gerade für unseren Landesverband ein beachtlicher Erfolg: Trotz des schwierigen politischen Umfelds – keines unserer zentralen Themen war im Wahlkampf von entscheidender Durchschlagskraft – und trotz des Einzugs von FDP und AfD haben wir nicht nur an Wählerstimmen und Prozenten dazugewonnen – mit Brigitte Freihold haben wir sogar neben Katrin Werner und Alexander Ulrich ein drittes Mandat nach Rheinland-Pfalz geholt. Wer sich erinnert: zeitweilig wurde hier und da geunkelt, dass es womöglich nicht mehr für zwei Mandate reichen könnte – dass es am Ende sogar drei waren, ist ein bemerkenswerter Erfolg. Natürlich fällt all das nicht vom Himmel und auch wenn der Landesverband mit der Erfüllung seiner logistischen Aufgaben und der Organisation des Wahlkampfes der Landesliste sicher seinen Anteil hat – sehr viel Arbeit wird auch in den Kreisen und von den DirektkandidatInnen geleistet – auch dafür an dieser Stelle nochmals sehr herzlichen Dank!

Kommunalwahlen 2019: Der nächste Meilenstein

Die Grundlagen für Erfolg wollen wir auch bei der Vorbereitung der nächsten Kommunalwahlen im kommenden Jahr schaffen: Schon heute sind die ersten Überlegungen dazu im Gange, beispielsweise hinsichtlich der Planungen für die Schulung von Kandidierenden. Um eine bessere Vernetzung der MandatsträgerInnen zu erreichen und den Informationsaustausch zu fördern,

haben die Landesvorsitzenden Ende 2017 gemeinsam mit einigen GenossInnen das „Kommunalpolitische Forum“ als Verein neugegründet. Dies war aus formalen Gründen unter erhöhtem Zeitdruck notwendig, in den nächsten Wochen wird eine Mitgliederversammlung, die parteiweit angekündigt und eingeladen werden wird, den Gründungsvorstand durch den ersten regulären Vorstand ersetzen. Auch damit wollen wir diejenigen unterstützen, die voneinander lernen und sich gegenseitig stärken wollen.

Beim Verfassen dieses Berichtes war noch nicht klar, ob sich Union und SPD auf eine Bundesregierung einigen würden. In jedem Fall wünscht sich der Landesvorstand ein Jahr ohne öffentliche Wahlen, um die selbst gestellten Aufgaben angehen zu können.

Aber klar ist auch: Wir fürchten uns nicht vor einer Bundestagswahl, in der wir für die Interessen unserer Wählerinnen und Wähler streiten können: Bildung unabhängig vom Geldbeutel, gerechte Steuern und faire Arbeit, bezahlbare Wohnungen und der sozial-ökologische Umbau sind genau wie die Ablehnung von Krieg als Mittel deutscher Politik keineswegs Themen, die wir bei Union und SPD in guten Händen sehen würden. Ganz im Gegenteil: auch bei einer Neuwahl des Bundestags werden wir mit aller Kraft dafür kämpfen, dass DIE LINKE mit einer starken Stimme für die Mehrheit der Menschen im deutschen Bundestag sprechen kann.

Der Landesvorstand

Mainz, im Januar 2018

Finanzbericht zum Landesparteitag

17. Februar 2018 in Montabaur

Liebe Delegierte, Liebe Genossinnen und Genossen,

wie ihr bereits dem Bericht des Landesvorstandes entnehmen könnt, möchten wir auf diesem Landesparteitag mehr Zeit zur Verfügung haben, um über die Parteidebatte und unseren erfolgreichen Weg in die Zukunft zu diskutieren.

Aus diesem Grund lege auch ich einen kurzen Finanzbericht vorab vor. Alle angegebenen Zahlen für das Jahr 2017 verstehen sich als vorläufige Zahlen, da es durch die Erstellung des Rechenschaftsberichtes und etwaige Umbuchungen noch zu Verschiebungen kommen kann. Die grundsätzliche Richtung wird jedoch meines Erachtens gleichbleiben.

Einnahmen durch Mitgliedsbeiträge

Unsere Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen sind die Hauptsäule unserer Finanzierung. Die Anstrengungen auf Landes- und Kreisverbandsebenen in den vergangenen Jahren haben sich ausgezahlt. Wir konnten unsere Beiträge auf über **140.000 Euro im Landesverband steigern** (2016: rd. 133.000 Euro). Das ist ein Erfolg und macht viele Dinge möglich, welche zuvor nicht realisierbar waren. Hierfür gilt allen Dank.

Allerdings gibt es in den Kreisverbänden starke Unterschiede bei den Beitragseinnahmen und der Beitragsstruktur. Die **durchschnittlichen Beiträge** reichen dort von **knapp unter 3,00 Euro bis über 10,00 Euro** bei den größeren Kreisverbänden (kleine Kreisverbände lassen wir aufgrund der schwierigen Vergleichbarkeit außer Acht). Eine gewisse Spannbreite ist zwar aufgrund der Mitglieder- und Einkommensstruktur verständlich; jedoch müssen wir weiter an dem Thema „Beitragsehrlichkeit“ bleiben und die Frage stellen, was uns die Partei wert ist. Dies betrifft jedoch nicht nur den **Mindestbeitrag der mittlerweile bei 3,00 Euro** liegt, sondern natürlich auch die **Anpassung des Beitrages bei Aufnahme einer Beschäftigung oder Änderung** der Lebensverhältnisse.

Auch die Zahlung der **Beiträge zur europäischen Linke (EL-Beitrag)** hat sich gesteigert. Zwar werden diese Zahlungen komplett weitergeleitet, jedoch sollten wir auch hier in Zukunft an einer weiteren Verbesserung der Zahlungsmoral arbeiten.

Spenden und Mandatsträgerbeiträge

Die Mandatsträgerbeiträge auf Landesebene aus einem Mandat des **Bezirkstages Pfalz** fließen kontinuierlich und in vereinbarter Höhe. Die **Mandatsträgerbeiträge in den Kreisverbänden** belaufen sich auf rd. **28.000 Euro**. Hier müssen wir jedoch weiterhin feststellen, dass nicht in jedem Kreisverband eine jeweilige Vereinbarung vorliegt und die Zahlungen teilweise von dem

bisherigen Richtwert abweichen. Auch auf die Regelmäßigkeit der Zahlungen sollte geachtet werden. Hierzu haben wir jedoch einen Antrag zur Finanzordnung vorgelegt um nochmals für alle Genossinnen und Genossen klar die Anforderungen festzuhalten.

Das Spendenaufkommen im **Landesverband ist mit rd. 2.500 Euro** relativ gering. Dies können wir nur teilweise mit den Spenden an den zentralen Wahlkampffonds der Bundespartei und Spenden an die Kreisverbände erklären. In den Kreisverbänden konnten im Jahr **2017 rd. 5.000 Euro an Spenden** vereinnahmt werden.

Weitere Einnahmen des Landesverbandes

Auch die sonstigen Einnahmen des Landesverbandes sind stabil. Hier sind vor allem die Nutzung der Räumlichkeiten der Landesgeschäftsstelle zu nennen, welche über Nutzungsverträge geregelt und vertraglich festgelegt sind. Hier kommen sowohl die drei gewählten Mitglieder des Bundestages, als auch der Kreisverband Mainz und Solid ihren vertraglichen Verpflichtungen nach.

Ausgaben

Wir sind stets bemüht, die Ausgaben für Verwaltung auf das Nötigste zu beschränken und sind um so glücklicher über den Umstand, dass wir neben dem Zuschuss der Bundespartei für den Umzug der Landesgeschäftsstelle auch sonst durch viel ehrenamtliches Engagement unter den geplanten Beträgen geblieben sind. Der **Umzug hat mit rd. 8.500 Euro** für Umzug, Entsorgungen und Neuanschaffungen zu Buche geschlagen. Zwar stehen auch in diesem Jahr weitere Modernisierungen der Hard- und Software an, damit wir auch weiterhin arbeitsfähig sind, jedoch ist dies alles bereits in der Haushaltsplanung einbezogen. Auch das Update der **Homepage hat mit jeweils rd. 3.500 Euro in 2017 und 2018** einiges gekostet, jedoch halten wir auch hier das Geld für sinnvoll investiert.

2017 gehen wir von Personalkosten in Höhe von knapp 40.000 Euro. Wobei hier lediglich die Stelle(n) für den Bereich Finanzen erfasst sind.

Weiterhin haben wir an den **Jugendverband Anteile in Höhe von rd. 7.500 Euro** ausgeschüttet und den **Kreisverbänden Beitragsanteile** mit der Endabrechnung im Januar 2018 in Höhe von insgesamt **rd. 44.000 Euro** für 2017 gezahlt.

Wie bereits im Landesausschuss berichtet hat der **Bundestagswahlkampf** höhere Kosten verursacht als ursprünglich kalkuliert. Dies hat zum Einen mit den stetig steigenden Anforderungen zu tun, jedoch auch mit dem Willen des Landesverbandes, einen eigenständigen Wahlkampf zu führen und hier eigene Akzente zu setzen. Durch ein Hohes Spendenaufkommen auf Bundesebene und damit über eine höhere Zuweisung durch den Wahlkampffonds konnte der Mehrbetrag teilweise ausgeglichen werden. Schlug jedoch mit Gesamtkosten von **rd. 32.000 Euro** zu buche.

Alle weiteren Kosten findet ihr grob gegliedert in der Auflistung. Auch diese Aufstellung kann aufgrund von Korrekturen verbunden mit dem Jahresabschluss abweichen.

Die Sachausgaben untergliedern sich wie folgt:

laufender Geschäftsbetrieb	34.845,92 €	Anteil
Aufwendungen Geschäftsbetrieb	8.084,14 €	23%
Aufwendung f Kommunikation	2.164,24 €	6%
Innere Verwaltung	17.580,16 €	50%
Anschaffung inventarisierungspfl.	6.004,88 €	17%
Abschreibung, Wertanpassung	0,00 €	0%
Reparaturen; Instandsetzungen	283,61 €	1%
Versicherungen, Steuern, Abgaben	728,89 €	2%
allgemeine politische Arbeit	41.317,66 €	Anteil
Parteitage und DeleKonferenzen	8.221,83 €	20%
Tagungen, Sitzungen	5.677,97 €	14%
Lehrgänge, Workshops	4.007,42 €	10%
Konferenzen, Kongresse	600,00 €	1%
Teilnahmegeb.	0,00 €	0%
Parteiliteratur, Infomaterial	27,11 €	0%
Öffentlichkeitsarbeit (kein WK)	5.814,17 €	14%
Veranstaltungen (kein WK)	2.705,27 €	7%
Internet	7.350,44 €	18%
Beiträge pol. Mitgliedschaften	75,00 €	0%
Unterstützung Jugendverband	6.838,45 €	17%

Erfreulich ist an dieser Stelle vor allem die Tatsache, dass wir trotz eines Bundestagswahlkampf-Jahres auch Geldmittel im Bereich politische Arbeit verausgabt haben. Besonders die **„Öffentlichkeitsarbeit“** und **„Veranstaltungen“** bilden zunehmend einen größeren Teil an Geldmitteln. Dies wurde in Vergangenheit oft bemängelt und wir sind froh, mit den verfügbaren Geldern auch endlich verstärkt in die politische Arbeit investieren zu können. Die gleiche Entwicklung zeichnet sich auch bei **„Lehrgängen, Workshops“** ab – auch hier wollte und will der Landesvorstand in Zukunft investieren um die Parteiarbeit zu unterstützen und die Genossinnen und Genossen zu professionalisieren.

Im Ergebnis gehen wir davon aus, dass wir das **Haushaltsjahr 2017 mit rd. 3.000 Euro Überschuss** beenden werden. Es sind mit Einnahmen in Höhe von insgesamt rd. 244.000 Euro und Ausgaben in Höhe von rd. 241.000 Euro zu rechnen.

Wir werden die kompletten Zahlen nach Erstellung des Rechenschaftsberichtes wie immer im Landesausschuss präsentieren.

Sebastian Knopf, Landesschatzmeister